

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagschrift: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Zur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Ostergebühren 10 Pfg. Unsa. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Gleditsch & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

## Dresdner Handelsbank A.-G.

Zweigniederlassung:  
Bautzen, Theatergasse 8

Dresden, Ostra-Allee 9  
im „Haus der Kaufmannschaft“

Gegründet 1873

in Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstr. 11 — Prager Straße 26 — Jahnstr. 8 — Großmarkthalle

# Umgruppierungen rechts und links.

### Einmütiges Eintreten der Berliner Linkspresse für einen Linksblock. — Statt Jarres Wallraf?

#### Vom 12. Deutschen Seefahrtstag. — Das Geheimnis der Leichen von Scapa Flow. — Vor der Antwort Herrriols.

## Marg vorausichtlich Sammelkandidat der Linken.

**Bericht Jarres' zugunsten Wallrafs?**  
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 30. März. Die Linksparteien gehen jetzt mit aller Energie daran, ihre Stellung für den Wahlkampf am 26. April so gut wie möglich auszubauen. So tritt bereits am Dienstag der Reichsparteivorstand des Zentrums, soweit er zurzeit in Berlin versammelt ist, zusammen, um sich mit der Frage einer Sammelkandidatur zu befassen. Man ist auf Zentrumsseite der Ansicht, daß dem Zentrum die Führung in der Frage einer republikanischen Einigungskandidatur zukommen müsse, weil es bei der gegenwärtigen politischen Konstellation auf keinen Fall angängig sei, daß noch einmal ein Sozialdemokrat den Stuhl des Reichspräsidenten besteige. Das Zentrum müsse den Kandidaten aufstellen, an den dann von links und rechts der Anschließung erfolgen könne. Man ist auf Zentrumsseite gewillt, Dr. Marx als Einigungskandidaten — den übrigen Parteien vorzuschlagen, und rechnet damit, daß diese sich damit einverstanden erklären werden. Man glaubt, sich mit der Zustimmung des Herrn Marx beugen zu müssen, weil Gerüchten zufolge der Reichsblock zwar Herrn Jarres wieder aufstellen, diesen dann aber veranlassen werde,

zugunsten des Reichstagsabgeordneten **Erz. Wallraf** zu verzichten, der geeignet wäre, namentlich im Rheinlande dem Zentrum schweren Abbruch zu tun. Man kann hier zur Beruhigung des Zentrums sagen, daß diese Gerüchte auf sehr schwachen Füßen stehen, und daß, wenn auch Dr. Jarres noch nicht endgültig proklamiert ist, dies in Kürze erfolgen dürfte. Eine große Rolle bei den Erwägungen über die Reichspräsidentenwahl spielen die Verhältnisse in Preußen. Herr Marx, der hier verschiedene Male gescheitert ist, wird sich nun endgültig aus Preußen zurückziehen. An seiner Stelle will das Zentrum, das auch in Preußen die Führung der Macht nicht aus der Hand lassen will, den gegenwärtigen preussischen Justizminister **Am Zehnhoff** vorschlagen lassen, die Ministerpräsidentenschaft zu erlangen und ein Kabinett zu bilden. Am Dienstag nachmittags sollte der preussische Landtag bereits den neuen Ministerpräsidenten wählen. Es ist nun aber damit zu rechnen, daß

die Wahl verschoben wird, da die Mehrheit der Parteien den Wunsch hat, die Lösung der Regierungskrise in Preußen bis nach dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zu vertagen. Von den Sozialdemokraten würde es gerne gesehen werden, wenn am 26. April mit der Reichspräsidentenwahl gleichzeitig auch Landtagswahlen stattfinden würden. Ein Vorschlag aus dem preussischen Landtag geht dahin, sich für die nächsten Wochen mit einem Kabinett der Staatssekretäre zu befassen, und dann erst in politisch weniger erregten Tagen die Entscheidung in der Preuenkrise herbeizuführen. Welcher Weg eingeschlagen werden soll, darüber haben heute in den späten Abendstunden die Preußenfraktionen beraten, ohne daß sie zu einem Beschluß gekommen wären. Jedenfalls geht die gesamte Stimmung innerhalb der republikanischen Parteien dahin, daß eine Einigungskandidatur Dr. Marx den republikanischen Parteien genehm wäre.

Die bisherigen Besprechungen des Wahlergebnisses in der Presse zeigten bereits die außerordentliche Unsicherheit, die bei den republikanischen Gruppen entstanden ist. Man hilft sich in demokratischen und sozialdemokratischen Organen mit Parolen, die auch nicht die geringste Spur von tatsächlichen Grundlagen haben. Die „Post. Ztg.“ gibt die Lösung aus: **Reichsblock gegen Jarresblock!** Was und wer der Jarresblock ist, weiß man allerdings. Aber der angebliche Reichsblock ist nur eine Erfindung aus demokratischem Zeitungspapier. Das „B. Z.“ phantasiert sich sogar einen demokratischen Wahltag zusammen in dem es in dem echten Wettbewerb der Partei die Stimmen der Weimarer Parteien addiert. Von dem so hoch gelobten Herrs Despach ist allerdings kaum noch die Rede. Der Schwach-Kultus ist vorbei, und die Form, in der das „B. Z.“ ihn fallen läßt, ist wirklich nicht gerade vornehm zu nennen. Der **„Vorwärts“** sagt: Die Republik muß siegen! Gemeint ist natürlich nicht die Republik, sondern der Linksbundfallismus.

## Der Erfolg des Reichsblocks.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 30. März. Der erste Gang in der Wahlkämpfe um den Reichspräsidentenposten ist nunmehr vorüber, und es lassen sich die Aussichten bereits einigermaßen abwägen, unter denen im zweiten Wahlgang der Sieg zu erreichen sein wird. Dr. Jarres, der Kandidat des Reichsblocks, hat weit über 10, fast 11 Millionen deutsche Männer und Frauen auf seinen Namen vereinigt, während für seinen sozialistischen Gegenkandidaten nur rund 7½ Millionen Stimmen gezählt worden

sind, allerdings für den sozialistischen „Vorwärts“ bereits hinreichend genug, um zu behaupten, daß Jarres geschlagen sei, daß die „Republik“ gesiegt und die „Monarchie“ eine Niederlage erlitten habe. Die Wahrheit ist, daß die Zahl der Beteiligung um etwa 12 Prozent gegen die Reichstagswahl vom 7. Dezember zurückgegangen ist und daß von diesem Rückgang die Parteien und Gruppen des Reichsblocks weniger als andere getroffen worden sind. Der Reichsblock kann mit dem Erfolg, die er im ersten Wahlgang erzielt hat, durchaus zufrieden sein. Es ist ihm gelungen, wenigstens einen Teil des Bürgerturns über die sonst bestehenden Parteigrenzen hinweg um einen Mann zu führen. Man weiß auf Seiten des Reichsblocks natürlich genau, daß die Linksparteien von vornherein mit einer einheitlichen Kandidatur für den zweiten Wahlgang gerechnet haben, nachdem sie getrennt unter Vorantritt der Sozialdemokratie jede für sich alle getrennten Kräfte im Lande gemessen habe. Es werden nun auf Seiten der Linken wieder die alten strategischen Manöver aufleben, mit denen eine Linkspartei versucht, die andere ihrem besonderen Interesse dienlich zu machen. Der Entwicklung dieser strategischen Manöver kann der Reichsblock in aller Ruhe zusehen. Die Splitterkandidaturen im nichtsozialistischen Lager, mit denen er getrennt zu rechnen hatte, haben sich als völlig sinn- und nutzlos Eienbröcklein erwiesen. Es ist, wenn auch nicht der Stein, so doch ein stattlicher Erfolg für die Sache des Reichsblocks errungen worden.

Am 26. April wird es nun Aufgabe des nationalen Bürgerturns sein müssen, der Sache des Reichsblocks einen vollen Triumph zu verschaffen.

Wie das Berliner volksparteiliche Organ, die „Zeit“, hervorhebt, wird im zweiten Wahlgang aus dem geringen Ergebnis nach verschiedenen Richtungen die Konjunktur gezogen werden müssen. Zunächst würde es sich darum handeln, die einheitliche Linie noch mehr herauszuarbeiten. Soweit die überparteiliche Kandidatur Jarres in Betracht kommt, ist der gemeinsame Weg ja schon gefunden. Es verheißt sich ganz von selbst, daß Jarres auch im zweiten Wahlgang der Träger der überparteilichen Kandidatur sein wird. Die endgültige Proklamierung der Kandidatur Jarres wird jetzt in Kürze erfolgen. Man kann wohl sicher damit rechnen, daß der glänzende Erfolg der Kandidatur Jarres nicht ohne Wirkung im zweiten Wahlgang bleiben wird. Die nationalsozialistische Sonderkandidatur **Uebendorff** wird sicher ausbleiben. Wie es mit der Kandidatur der **Bayerischen Volkspartei** gehalten wird, ist noch nicht ganz bestimmt. Wenn auch einer der Führer der Bayerischen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete **Leicht** in Bamberg, in einer Rede erklärt hat, daß seine Partei im zweiten Wahlgang nicht für Jarres stimmen werde, wohl aber für einen anderen Sammelkandidaten, so ist daraus wohl nicht für die endgültige Haltung der Bayerischen Volkspartei zu schließen. Für den Reichsblock kommt jedenfalls ein anderer Sammelkandidat als Dr. Jarres nicht in Frage. Nachdem die Bayerische Volkspartei im ersten Wahlgang sich nicht dem Zentrum, mit dem es ja viele konfessionelle Fäden verbindet, angeschlossen hat, ist eigentlich nicht damit zu rechnen, daß sie sich im zweiten Wahlgang für eine sozialistische Einigungskandidatur einsetzen würde. Daß Jarres gerade in München und Bayern so außerordentlich große Erfolge erzielt hat, beweist wohl zur Genüge, daß seine Kandidatur auch hier feste Wurzel gefaßt hat. Man wird abwarten müssen, in welcher Weise die Bayerische Volkspartei dieser unerkennbaren Tatsache Rechnung trägt.

## Die Bayerische Volkspartei für Einigung.

München, 30. März. In ihrem Kommentar zu dem Ausfall des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl schreibt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ u. a., es gäbe nur eine Lösung, und diese heiße **„Sammelkandidatur!“** Man müsse dort anfangen, wo man aufgehört habe, als die beinahe gelungene Einigung sämtlicher bürgerlichen Kräfte an der Taktik der unentwegten Jarresleute scheiterte. Es werde schwer sein, das Zentrum und eine gemeinsame Schlachtfrente zu bringen, doch werde sich die Bayerische Volkspartei vorbehaltlos in den Dienst der Einigungsidee stellen. Es liege im Wesen der Idee, daß die Sache über die Person gestellt werden müsse. (B. Z. B.)

## Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

(Durch Funkpruch.)  
Berlin, 30. März. Der Vorkonferenz des Reichstages wird voraussichtlich am Dienstag eine Stunde vor der Plenarsitzung, die auf 3 Uhr anberaumt ist, zusammenzutreten, um die Geschäftsdispositionen für die nächste Zeit zu treffen. In Aussicht genommen ist vorläufig, daß der Reichstag diese ganze Woche Plenarsitzungen abhalten wird und dann in die Osterferien geht, die sich aber diesmal nicht auf die üblichen zwei Wochen beschränken, sondern mit Rücksicht auf den zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten bis zum Tage dieser Wahl erstrecken werden. (B. Z. B.)

## Die Fronten im Schlupfkampf.

Mehr als 10,3 Millionen Stimmen für den nationalen Kandidaten Jarres! Das ist das erhebende Ergebnis des ersten Wahlganges für die Reichspräsidentenwahl, mit dem das in dieser allgemeinen nationalen Frage staatspolitisch und nicht parteipolitisch eingestellte nationale Bürgerturn sich geschlossen hinter den überparteilichen Kandidat gestellt hat, dem die schwierige Aufgabe der Nominierung eines geeigneten Kandidaten übertragen worden war. Ein überzeugendes Vertrauensvotum für die Führung der Rechten, noch mehr aber für den Mann Jarres, der es in einem nur zwölfstündigen Wahlkampf in einem begehrten Triumphzug durch die deutschen Lande verstanden hat, die Massen mit sich fortzureißen und selbst in den Hochburgen seiner Gegner im Wahlkampf, in München, in Karlsruhe und Köln, Erfolge zu erringen, die man dort nicht voraussehen konnte. Das ist ihm gelungen, obwohl er nicht aus der vordersten politischen Front kam, sondern erst und unerwartlich auf gefährlichem Boden kraftvolle aufbauende Arbeit geleistet hatte, obwohl ihm nicht jene wirkungsvolle äußere Aufmachung zuteil geworden war, die sonst im parlamentarischen Staat der notwendige Wegbereiter ist. Weil er eine Persönlichkeit ist, die er in der künftigen Politik einzusetzen hat und einzusetzen willens ist, weil er ein überlegenes politisches Einigungsprogramm vertritt, darum konnte er die zehn Millionen Stimmen auf sich vereinigen, mit denen er seinem Hauptgegner, um nicht zu sagen, seinem einzigen Gegner, den Sozialisten Otto Braun noch um 3 Millionen Stimmen voraus ist. Zwischen Jarres und Braun allein einzig und allein der Wahlkampf, zwischen dem nationalen Gedanken, der künftig richtunggebend für die gesamte deutsche Politik werden muß, und der Herrschaft parteipolitischer Klassenkämpfer und international-politischer Utopisten. Und diese große Auseinandersetzung muß letzten Endes auch die Fronten bezeichnen, die sich in dem durch die unletzte Zerstückelung des Bürgerturns leider notwendig gewordenen endgültigen zweiten Wahlgang am 26. April gegenüberstehen werden.

Die Festlegung der Fronten, die Absteckung der Grenzen zwischen den einzelnen Richtungen und Gruppen mußte das Ziel des ersten Wahlganges sein, sonst hat er überhaupt keinen Sinn. Die notwendige Folge aber hätte konsequentermaßen zur Stichwahl zwischen den beiden Männern führen müssen, die die Hauptfronten vertreten. Und wenn die Parteien, die für das Wahlergebnis verantwortlich sind, sich diese Konsequenz zu eigen gemacht, wenn sie ihr Augenmerk darauf gerichtet hätten, daß ein Reichspräsident unbedingt die Mehrheit des Volkes hinter sich haben müßte, um dadurch die moralische Stütze für seine Amtsführung zu erhalten, dann hätte im zweiten Wahlgang lediglich der recht unentschieden gebliebene Zweikampf Jarres-Braun zur absoluten Entscheidung gebracht werden müssen. Sämtliche Parteien, die im ersten Wahlgang noch nicht den Mut zu klaren Entschlüssen aufgebracht haben, hätten sich jetzt zwischen den beiden Kandidaten zu entscheiden, und Zweck und Ziel der zweiten Wahl wären ohne weiteres gegeben. Deutsche Spitzfindigkeit und vielleicht eine unerklärliche Abneigung der Linksparteien gegen die Stichwahl als einer Einrichtung des vornovemberlichen Deutschland haben es fertig gebracht, den klaren Sinn des ersten Wahlganges in sein Gegenteil zu verkehren und diesen zu einem Wahlexperiment zu machen, in dem wertvollste politische Energie nutzlos veran wird. Denn der zweite Wahlgang ist nichts anderes als eine vollständig neue Wahl, die nicht nur die relative Mehrheit eines Kandidaten entscheiden läßt, sondern völlig neue Kandidaturen, neue Wahlbündnisse möglich und wahrscheinlich macht. Nur durch diese sinnwidrige Bestimmung im Wahlergebnis ist die Bahn wieder für alle Rechenkünstler freigemacht worden, die jetzt mit dem Rechenstift durch fähne Additionen die neuen Fronten im Endkampf festlegen, Wahlabkommen vorschlagen, Kompromißkandidaturen aufstellen, um im zweiten Kampf zu siegen, nachdem man die Entscheidung im ersten durch unfinnige Sonderkandidaturen hintertrieben hat. Und so sehen wir heute nach dem Abschluß des ersten Wahlganges wieder vor seiner endlosen Reihe von Ungewissheiten, von parteipolitischen Verhandlungen, Intrigen und Schwagergeschäften, die man bei uns Politik zu nennen gezwungen ist, denen aber der Wähler völlig verständnislos gegenübersteht.

Die Kernfrage des Augenblicks ist dabei für alle Parteien der Linksblock. Er war das taktische Ziel schon vor dem ersten Wahlgang, er ist es dem ausbleibe Marx in Preußen seine Verkleinerungspolitik tuteb, und den der Reichsbannerführer Dörfling mit beneigten Worten propagiert. Der Linksblock stand vor der Tür, als die rechtssozialistischen Führer ihm